

A8 Beutelsbacher Dissens? Unabhängige Politische Bildung jetzt!

Antragsteller*in: Danilo Zoschnik

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

1 Dieser Antrag soll auf Basis der Beschlusslage „Politische Bildung als
2 Kernelement demokratischer Kultur stärken“, das Verständnis der GRÜNEN JUGEND
3 Brandenburg von Politischer Bildung aus normativer Perspektive
4 ausdifferenzieren.

5 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert die öffentlichen Bildungsträger*innen
6 Brandenburgs auf, in Kooperation mit dem Landesministerium für Bildung, Jugend
7 und Sport eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um den Beutelsbacher Konsens,
8 der in Deutschland die Leitlinien politischer Bildung vorgibt, unter Beteiligung
9 aller dafür relevanten Akteur*innen vollumfänglich umzusetzen.

10 Zu diesem Zweck muss insbesondere die Landeszentrale für Politische Bildung
11 Brandenburg (lpb) gestärkt werden, die mit nur zehn Mitarbeiterinnen* zwar einen
12 guten Job macht, allerdings mehr Personal und eine bessere Finanzierung
13 benötigt, um der Mammutaufgabe einer hochdifferenzierten und breit verfügbaren
14 politischen Bildungsarbeit für fast zweieinhalb Millionen Menschen gerecht zu
15 werden. Als zentrales Organ, das für gute Politische Bildung lobbyiert, muss
16 allerdings auch sie sich in selbstkritischer Art von alten Dogmen und einem
17 politischen Mainstream emanzipieren, die der eigenen Zielstellung zuwiderlaufen.
18 Darüber hinaus soll sie bei ihrer inhaltlichen Arbeit, nach Beispiel der Vorstöße
19 der Bundeszentrale, ihre eigene Einbeziehung externer Akteur*innen, wie etwa
20 aktuell feministischer Kirchenvertreterinnen* oder kritischer
21 Extremismusforscher, beibehalten und weiter ausbauen. Begrüßenswert sind für uns
22 in jedem Fall auch Initiativen wie das Alternativ-Unterrichtsmaterial für
23 Lehrkräfte, das attac anbietet um etwa kapitalismuskritischere Akzente bei der
24 Behandlung von Wirtschaftsthemen zu setzen. Selbiges gilt für die Partizipation
25 durch junge Menschen, wie sie im Vorjahr modellhaft für einen Bundestagswahl-
26 Blog ermöglicht worden ist. Es braucht diese modern-offene Material- und
27 Referenzkultur, die natürlich auch mit der Bandbreite von Medien unserer Zeit
28 verbunden sein muss, um einer neuen ambivalenten Sicht und Verdrossenheit
29 gegenüber Politik zu begegnen, die anders als früher auch von den politischen
30 Kräften selbst geschürt wird.

31 Nie zuvor waren die Anforderungen an demokratische Politische Bildung höher.
32 Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie auch in Brandenburg nicht nur
33 vermeintliche Fakten vermittelt, sondern integrativer, diverser und
34 konstruktiver wird. Sie muss sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen
35 orientieren und damit einhergehend ebenfalls mit alten Selbstverständlichkeiten
36 brechen, die Systemfrage, also jene nach der politischen, wirtschaftlichen,
37 globalen und digitalen Ordnung, stellen. Und das muss sich wiederfinden: in den
38 Vorträgen der lpb, den Schulbüchern der Gesamtschulen, den Studiengängen
39 angehender Lehrkräfte, den Podien wissenschaftlicher Institute – überall wo
40 Menschen jeden Alters sich politisch interessieren oder einbringen.

41 Zur Realisation dieses Anspruches fordert die GRÜNE JUGEND Brandenburg:

- 42 • Die nächste Landesregierung soll einen unabhängigen Politischen
43 Bildungsbeirat einberufen, der transparent und unter Einbeziehung aller
44 öffentlichen Bildungsträger*innen, sowie verschiedener

- 45 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Verbandsvertreter*innen in
46 beratender Funktion die Politische Bildungsarbeit des Landes Brandenburg
47 mitkoordiniert
- 48 • Das Curriculum für alle Schulformen muss in Brandenburg nach den
49 Ansprüchen einer neuen aktivierenden und differenzierten Politischen
50 Bildung, wie sie im letztjährigen Antrag beschrieben wird, überholt
51 werden.
 - 52 • Auch wenn im schulischen Kontext selbstverständlich primär das Fach der
53 Politischen Bildung am Beutelsbacher Konsens ausgerichtet sein muss, ist
54 es unbedingt notwendig bei der Unterrichtsrealität von
55 Interdisziplinarität und fächerübergreifenden Inhalten, auch beispielsweise
56 für Geschichte und Geographie die selben Standards zur Verhinderung von
57 Indoktrination anzulegen.
 - 58 • Im Studium für die Politische Bildung auf Lehramt an der Universität
59 Potsdam, soll es künftig ein vom Ministerium gefördertes obligatorisches
60 Seminar, innerhalb der ersten beiden Fachsemester, geben, dass sich ganz
61 dezidiert und mit den im Antrag vermittelten Ansprüchen, mit dem
62 Beutelsbacher Konsens beschäftigt und die Studierenden für ihre
63 verantwortungsvolle Aufgabe im späteren Beruf sensibilisiert.
 - 64 • Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport soll Schulungsangebote für
65 Lehrkräfte, Aktive in Verbänden und Vereinen, interessierte Eltern etc.
66 schaffen, mit denen die aktuell notwendigen Kompetenzen für die
67 Vermittlung Politischer Bildung ausgebaut und aufgefrischt werden können.

Begründung

Als pluralistischer Verband mit konstruktiver Debattenkultur unterstützen wir ausdrücklich die formulierten Inhalte des sogenannten „Beutelsbacher Konsens“, der die Ausgestaltung einer politischen Bildung vorsieht, die es leisten soll jede*n zu unabhängiger, reflektierter Meinungsbildung und Argumentation zu befähigen. Bei einem so polarisierenden und politisierten Zeitgeschehen sind diese urdemokratischen Kernkompetenzen unverzichtbar und wichtiger denn je. Diesem selbstaufgelegten Anspruch allerdings wird politische Bildung in Brandenburg aber leider bei weitem nicht gerecht! Und er kann auch nicht allein auf die Lehrkräfte für Politische Bildung und einige weniger gut sichtbare Angebote der Lpb abgewälzt werden, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe handelt, die existenziell unsere demokratische Lebensweise sichert und schützt. In Zukunft muss es wieder möglich sein den Kapitalismus, das Konzept des Nationalstaates oder jahrhundertlang propagierte aber unwissenschaftliche Vorstellungen von Geschlecht zu hinterfragen, zu diskutieren und die Kontroversität bei Themen wie diesen nicht zu relativieren, denn so können wir der neurechten Bewegung, den Verschwörungstheoretiker*innen, den Feind*innen freier Gesellschaften viel eher den Boden unter den Füßen wegziehen, auch wenn es eine Kraftanstrengung ist. Der Fortbestand progressiver Gesellschaftsideale, Rechtsstaatlichkeit und Einmischungsmöglichkeiten müssen uns all das aber wert sein!